

Teil 1: Dank, Lob und Tadel. Unsere Strategie: Strecken – Schieben - Streichen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, Ortschaftsrätinnen und -räte, liebe Bürgerinnen und Bürger. Zuerst gilt mein Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung für ihren Einsatz für die Stadt das ganze Jahr über, vor allem aber auch denjenigen, die bei der Erstellung dieses Haushaltsplanentwurfs mitgearbeitet haben.

Geislingen hat ein Pfund, mit dem es wuchern kann. Das ist das hohe ehrenamtliche Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Das wissen wir und werden es von der Stadt aus auch weiterhin gut unterstützen. In der Flüchtlingsarbeit setzen sich Menschen und Vereine in vielfältigster Form für die Betreuung und Integration ein, die Kultur- und Sportlandschaft ist ohne ehrenamtliches Engagement nicht denkbar. Im Natur- und Umweltschutz geht die Initiative oft von ehrenamtlicher Seite aus. Nicht zu vergessen die ehrenamtlichen Organisationen im Behinderten- und Seniorenbereich und die Kinder- und Jugendarbeit in vielen Vereinen. Hausaufgabenhilfe wird ehrenamtlich organisiert, der Tierschutz baut seine Räumlichkeiten aus und nicht zuletzt das diesjährig gefeierte 20jährige Jubiläum des bürgerschaftlichen Engagements – hier war Geislingen Vorreiterin – zeigt diese Stärke. Mit Monika Zeisler hat neulich eine würdige Vertreterin des BE das Bundesverdienstkreuz erhalten – von dieser Stelle aus noch einmal unser Glückwunsch.

Herrn Pawlak gilt unser Dank für seine klaren erläuternden Worte bei der Einbringung des Haushalts. Deshalb erleichtert er es uns, uns bei der diesjährigen Antwort kürzer zu fassen als sonst üblich. Das wird dem Gemeinderat gut tun, aber auch den anwesenden Zuhörern. Wir werden uns deshalb auf einige wenige Schwerpunkte bei der Antragstellung beschränken. Das soll aber nicht bedeuten, dass es für die Stadtverwaltung weniger Arbeit gibt.

Ohne zu beschönigen stellt Bernd Pawlak sehr einleuchtend die finanziellen Rahmenbedingungen dar, mit denen es die Stadt in den nächsten 4 Jahren zu tun haben wird. Sie sind nicht immer rosig, aber auch nicht aussichtslos. Gerade nach der Entwicklung der Gewerbesteuer im letzten Jahr gilt für uns wieder der Geislinger Dreiklang: Schieben – Strecken – Streichen. Eine Disziplin, in der wir eine außergewöhnliche Kompetenz entwickelt haben.

Schieben – Strecken – Streichen ist für die Entwicklung einer Stadt aber nicht zuträglich und fördert den Abstand zwischen Kommunen, die eine auskömmliche Einnahmesituation haben und strukturschwachen Kommunen wie Geislingen. In der Konkurrenz zwischen den Gemeinden werden wir immer weiter ins Hintertreffen geraten.

Wir sind abhängig von den Förderprogrammen der Landesregierung, die uns wenig Spielraum lässt für Eigeninitiative. Förderprogramme müssen immer auch durch die Kommune kofinanziert werden. Es bleibt für die Geislinger Finanzplanung keine „freie Spitze“, also nur eine eingeschränkte kommunale Selbstbestimmung.

OB Dehmer ließ sich in seinen einführenden Worten zum Haushalt von dieser Entwicklung wohl stark beeindrucken. Wir kennen alle diese Rahmenbedingungen. Trotzdem, so unser Eindruck, betont Herr Dehmer zu stark die äußeren Zwänge mit seiner Aufzählung, was wir alles „müssen“. Das Leben ansich, die Entwicklung der Welt und der Gesellschaft ist der Zwang auf den reagiert werden muss, der aber auch in der Kommune mitgestaltet werden will.

Wir **wollen** eine gelingende Integration, wir **wollen** ein gutes Bildungsangebot und Kinderbetreuung in unserer Stadt, die auch gesellschaftliche Entwicklungen z.B. in Form von Ganztagesangeboten mit Mittagessen und Schulsozialarbeit aufgreifen, wir **wollen** eine gute Kinder- und Jugendarbeit, wir **wollen** ein auf Breitband gestütztes schnelles Internet schaffen, wir **wollen** eine menschliche zukunftsorientierte Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer, die auch gegenseitig aufeinander Rücksicht nehmen und nicht zuletzt **wollen** wir einen funktionierenden Einzelhandel und den Ausbau des Tourismusangebotes, wie uns der kürzlich im Gremium diskutierte Tourismusbericht gezeigt hat. Das sind in unserer Zeit die Herausforderungen an die kommunale Selbstverwaltung.

Wir sind da auch schon, mühsam ernährt sich das Eichhörnchen, einige Schritte vorangekommen: z.B. sind fast alle Schulen Ganztageschulen, wir haben eine Gemeinschaftsschule, die Kinderbetreuung ausgebaut, erste Schritte im Stadtmarketing getan und die Weiterentwicklung des Mach 5 Prozesses mit dem Ausbau der Bürgerbeteiligung vorangebracht. Weitere Pluspunkte sind die Sanierungen von DSR und Migy, der neue Radweg auf der Tälesbahntrasse, dessen dritter und letzter Abschnitt im nächsten Jahr angegangen wird, der Erlebnispfad, aber auch die gelungenen Bemühungen um die Integration von Flüchtlingen und ihren Kindern in Schulen und Kindertagesstätten. Die Grundlagen bei der Entwicklung des Tourismus sind geschaffen, auch hier haben wir aufgeholt.

Hier können wir aber auch ruhig unsere eigenen Einrichtungen wie VHS, Stadtbücherei und Musikschule loben, die gute Botschafter für Geislingen über die Stadtgrenzen hinaus sind. Die ersten Schritte auf dem Weg zum GIZ und der Stärkung der Wochenmärkte sind gegangen, das neue Rathaus ist schön und relativ günstig saniert, das Geislinger Gewerbe und der Einzelhandel hat sich mit dem "Sterneverein" gemeinsam neu aufgestellt und nicht zuletzt die Ausweitung des Cityoutlet wird positive Auswirkungen auf die Stadtentwicklung haben.

Die Städte und Gemeinden sind die Orte, an denen sich gesellschaftliche Entwicklungen direkt manifestieren. Hier spielt sich das Leben jedes Bürgers ab. Hier ist Bürgerbeteiligung am direktesten möglich. Demokratie ist hier erlebbar. Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG (gemeindliche Selbstverwaltungsgarantie) gibt den Gemeinden die Zuständigkeit für alle

Aufgaben, die im gemeindlichen Zusammenleben wurzeln. Diese Zuständigkeitsvermutung erübrigt einzelne spezielle Kompetenztitel: Gemeinden sind in der örtlichen Ebene allzuständig (Universalitätsprinzip), sie haben ein Aufgabenfindungsrecht.

Deshalb das Lob von uns an unseren OB, dass er sich in gesellschaftliche Entwicklungen einmischt und vor Konflikten in der Kommune nicht zurückschreckt. Angemessen war deshalb auch sein bedachtes aber energisches Einmischen in die Konflikte zwischen den türkischstämmigen Migranten im Zuge der politischen Entwicklung in der Türkei, aber auch sein Standpunkt, den er gegenüber rechtspopulistischen Positionen eingenommen hat. Kontraproduktiv für den Integrationsprozess in den Kommunen ist der Angriff des CDU-Parteitags auf die doppelte Staatsbürgerschaft für hier geborene Kinder von Migranten. Sie ist ein wichtiger Schritt zur Integration und erleichtert die Entscheidung für hier geborene Kinder von Migranten. Gerade Kommunen sind auf gelungene Integration angewiesen.